

V0541/24

Kriminalitätsstatistik und Sicherheitsbericht im Stadtrat
-Antrag der AfD-Stadtratsfraktion vom 21.06.2024-

Antrag:

die AfD-Stadtratsfraktion **beantragt**, den Ltd. Polizeidirektor der Polizeiinspektion Ingolstadt, Herrn Tobias Uschold, in den Stadtrat einzuladen, um zeitnah einen aktuellen Sicherheitslagebericht vorzustellen

Stadtrat	22.10.2024	Entscheidung
----------	------------	--------------

Stadtrat vom 22.10.2024

Herr Uschold, Leiter der Polizeiinspektion Ingolstadt, geht anhand der PowerPoint-Präsentation auf die Sicherheitslage in Ingolstadt ein. Die Präsentation liegt dem Protokoll als Anlage bei. Insoweit wird auf die Wiedergabe der Ausführungen verzichtet.

Die sogenannten Zuwanderer würden eines der größten Probleme bayernweit darstellen, da diese eine eigene statistische Erhebungsgröße seien, so Stadtrat Grob. Diese Personengruppe sei sehr eng definiert, was im gesamten Bundesland zu einer hohen Überrepräsentanz führe. Man könne nur dann eine Aussage treffen, wenn man das Ganze ins Verhältnis setze und den prozentuellen Anteil an der Bevölkerung und an der Kriminalstatistik anschau. Dabei werde man merken, dass man einen vielfach höheren Anteil habe. Anhand dessen könne in der Polizeilichen Kriminalstatistik abgeleitet werden, wer alles zu der Personengruppe der Zuwanderer gehöre.

Herr Uschold teilt an seinen Vorredner mit, dass ihm für das Stadtgebiet nur eine Auflistung und Differenzierung nach EU-Ausländern et cetera zugrunde liegen würde. Diese habe nichts mit den sogenannten Zuwanderer zu tun. Beim Landeslagebild würde die Differenzierung genauer erfolgen.

Stadtrat De Lapuente stellt fest, dass man in Ingolstadt für eine Großstadt gut und sicher lebe. Er möchte wissen, ob sich die Situation an der Josef-Ponschab-Straße hinter dem Technischen Rathaus, seitdem der Zaun angebracht worden sei, hinsichtlich der Ruhestörungen und des Drogenkonsums gebessert oder ob sich der Drogenumschlagsplatz an einen anderen Ort verlagert habe. Er fragt zum Thema der Personalaufstockung, ob sich aufgrund der Überstunden-Debatte vor circa fünf Jahren die Situation verbessert habe. In einzelnen Bereichen, wie der Kriminalität im digitalen Bereich, seien Anstiege zu erkennen. Er möchte wissen, ob man damit rechnen könne, dass sich die Zahlen wieder so, wie im Jahr 2022 entwickeln könnten.

Man beobachte gerade auch einzelne Örtlichkeiten sehr genau und habe eine 1:1-Verschiebung bisher nicht feststellen können, antwortet Herr Uschold auf die erste Frage seines Vorredners. Um mit entsprechender Präsenz und Kontrollen etwaigen Tendenzen

frühzeitig entgegenzuwirken sei man aber sehr wachsam. Das Mehr an Einsätzen habe sich nicht in Gänze ausgewirkt. Man versuche, das entsprechend auszugleichen. Für dieses Jahr könne man aber keinen Anstieg der Mehrarbeitsstunden erkennen. Aktuell sei ein leichter Rückgang der Straftatenbelastung zu verzeichnen. Zum derzeitigen Stand sei das positiv. Trotzdem handle es sich dabei nur um ganz vorsichtige Tendenzen. Bei den Raubdelikten beziehungsweise bei den gefährlichen und schweren Körperverletzungen seien keine positiven Entwicklungen zu erkennen.

In Ingolstadt gebe es keine Bereiche, die so unsicher seien, dass man sich nicht dorthin traue, sondern man sei allzeit sicher, betont Stadtrat Dr. Kern. Die CSU-Stadtratsfraktion sei dafür, an neuralgischen Punkten zur Prävention mehr Videoüberwachung zu installieren. Wenn doch eine Tat geschehen sei, könnten die Aufnahmen sogar zu einem schnelleren Fahndungserfolg beitragen. Dazu möchte Stadtrat Dr. Kern gerne Herrn Uscholds Meinung wissen. Außerdem stellt er die Frage, was die Stadt Ingolstadt in der Zusammenarbeit mit der Polizeiinspektion Ingolstadt noch verbessern könne.

Gegenüber der Videoüberwachung sei man positiv eingestellt, so Herr Uschold. Es sei für die Polizei ein wesentlicher Bestandteil der Sicherheitsarchitektur, weil es zur Täterabschreckung, der Identifikation von Straftätern und schnellerem Aufklären von Fällen führe. Auch die Stärkung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung sei nicht außer Acht zu lassen. Trotzdem habe man sich an Datenschutzgesetze und -richtlinien zu halten. So müsste die gesamte Überwachung datenschutzkonform sein. Dazu gehöre es, Verhältnismäßigkeiten zu prüfen, weil in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung eingegriffen werde. Darum würden die einzelnen Bereiche, Örtlichkeiten und Entwicklungen genauestens dahingehend geprüft werden, an welchen Orten diese sinnvoll sei, wo es polizeitaktisch Sinn mache und ob es rechtlich zulässig sei. Derzeit gebe es insgesamt 24 Kameras, drei eigene und 18 an den Haltestellen der IFG. Man hoffe, dass die drei Kameras am Viktualienmarkt wieder in Betrieb genommen werden können. Den Kommunalen Ordnungsdienst hält Herr Uschold für ein wichtiges Element, um auch niederschwellige Ordnungsstörungen frühzeitig angehen und betreuen zu können. Denn aus zunächst niederschweligen Ordnungsstörungen oder Vermüllungen könnten sich über die Zeit hin größere Probleme entwickeln. Auch das Sicherheitsgefühl werde mithilfe des Kommunalen Ordnungsdienstes gestärkt.

Nachdem die AfD-Stadtratsfraktion den Antrag gestellt habe, habe es von Seiten der Stadtverwaltung, insbesondere dem Rechtsreferenten geheißen, dass man eine angespannte Sicherheitslage der Stadt Ingolstadt schwadronieren würde, meint Stadtrat Rehm. Zwei Monate später habe eine Messerattacke in einem Linienbus in Ingolstadt stattgefunden. Vielleicht seien die Zahlen nicht immens gestiegen, aber sie hätten vom Jahr 2022 auf 2023 einen Anstieg von 6 Prozent erfahren. Dies sei nicht zu ignorieren. Denn das sei man den Ingolstädter Bürgern schuldig. Stadtrat Rehm wünscht sich, dass man dem Wunsch von Herrn Uschold Folge trage und die Vorstellung des Sicherheitsberichtes jeweils vor der Sommerpause erfolge und nicht erst im Herbst.

Beim Thema Videoüberwachung sei das Skurrile, dass an dem betreffenden Orten zunächst erst etwas Schlimmes passieren müsse, damit der Datenschutzbeauftragte eine Überwachung dort für als zulässig erachtet, bemerkt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll. Es gebe in Ingolstadt Orte, beispielsweise die Pavillons der Partnerstädte auf den Landesgartenschauanlagen, in denen es immer wieder zu Vandalismus komme. Man könne diese mithilfe von Kameras nicht überwachen, weil der Vandalismusschaden zu gering sei. Dagegen handle es sich beim Viktualienmarkt um Delikte gegen die körperliche

Unversehrtheit, die anders einzustufen seien. Trotzdem sei sie der Meinung, dass man hinsichtlich der rechtlichen Standards ein Stück weit übertreibe. Beim Thema Vandalismus und der Anschaffung neuer Investitionen im öffentlichen Raum, gebe es in den Bezirksausschüssen seitens der Bürger oft die Äußerungen, dass man das nicht machen könne, weil Vandalen dies direkt wieder zerstören würden. Aus diesem Grund seien die Pavillons nun zum Schutz eingezäunt worden, wodurch wiederum das Erscheinungsbild leide. Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll fragt an Herrn Uschold gewandt, welche Erkenntnisse es hinsichtlich des Vandalismus im öffentlichen Raum gebe und was aus polizeilicher Sicht, außer der Videoüberwachung noch als präventives Mittel in Frage komme.

Die Sachbeschädigungsdelikte seien zum Vorjahr rückläufig, erklärt Herr Uschold. Trotzdem sei jede beschädigte Einrichtung eine zu viel. Bei der Videoüberwachung müsse in der Gesamtschau die Verhältnismäßigkeit abgewägt werden. Der ein oder andere Sachbeschädigungsdelikt würde für solche eine Überwachung leider nicht ausreichen. Grundsätzlich könne jeder Mensch etwas dagegen tun. So fange es bei der Erziehung, wie man mit fremdem Eigentum umgehe, an. Die Polizei werde dies weiterhin beobachten und Maßnahmen ergreifen, wenn es notwendig sei. Über die Weite des Stadtgebietes und der Parks gestalte es sich oftmals als schwierig, diese komplett abdecken zu können.

Stadtrat Meier fragt zu den Drogendelikten, ob es neben den Zahlen zu Cannabis und Kokain auch Auffälligkeiten im Zusammenhang mit Captagon gebe.

Herr Uschold sagt seinem Vorredner zu, die Antwort über das Protokoll nachzuliefern.

Protokollanmerkung von Herr Uschold:

In Bezug auf Captagon wurden für das Stadtgebiet im vergangenen sowie laufenden Jahr keine Delikte polizeilich bekannt.

Stadtrat Schäuble möchte bei der Planstellenentwicklung den Ist-Zustand erfahren. Außerdem bittet er Herrn Uschold darum, einen Überblick über die Quoten der verschiedenen Tatdelikte zu erhalten.

Bei der Personalstärke habe man einen normalen Wert von 85 Prozent, antwortet Herr Uschold an Stadtrat Schäuble gerichtet. Bei den Straftaten gegen das Leben verzeichne man im vergangenen Jahr eine 100-prozentige Aufklärungsquote. Bei den Rohheitsdelikten 89,1 Prozent, bei Diebstählen 42,9 Prozent, bei Vermögens- und Fälschungsdelikten 79,7 Prozent und bei sonstigen Straftaten, wie Widerständen, Beleidigungen oder Sachbeschädigungen, 62 Prozent.

Gerade im Gebiet der Sicherheit herrsche die Schwierigkeit, dass Themen wie die Migration und die Kriminalität, sehr leicht verschwimmen können, gibt Stadträtin Leininger zu bedenken. Die Gefahr in der Bevölkerung sei diese, dass die sich gefühlte Sicherheitslage von der tatsächlichen stark unterscheide. Auf den Wortbeitrag seitens Stadtrat Rehm weist sie daraufhin, dass es sich bei dem Sicherheitsbericht um einen jährlichen Bericht und nicht um ein Ergebnis eines Antrags der AfD-Stadtratsfraktion handle. Die erschreckende Steigerung von Delikten, die in dem Antrag irrtümlich dargestellt werde, sei mit dem erfolgten Sicherheitsbericht von Herrn Uschold damit glücklicherweise widerlegt worden, betont sie. Gleichwohl gebe es einige Gebiete, die für Beunruhigung sorgen würden, beispielsweise der Vorfall, bei dem ein 7-Jähriger mit einer Schere ein anderes Kind attackiert hatte. Das zeige deutlich, dass verstärkt darauf geachtet werden müsse, was in Schulen passiere. Vor einigen

Monaten habe es im Migrationsrat einen alarmierenden Bericht über die wachsende Gewaltbereitschaft bei jungen Kindern gegeben. Man sei aufgerufen, genau hinzusehen.

Deutschland sei beim Alkohol ein Hochkonsumland, bemerkt Stadtrat Semle. Im Bereich der Körperverletzungen habe Herr Uschold angedeutet, dass der berauschte Zustand bei Gewalttaten oder Taten gegen Kolleginnen und Kollegen oft eine Rolle spiele. Stadtrat Semle möchte wissen, in welchen Bereichen Herr Uschold den übermäßigen Alkoholkonsum sehe. Vielleicht könnte im Bericht im nächsten Jahr ein Schwerpunkt daraufgelegt werden.

Grundsätzlich handle es sich um klassische Rohheitsdelikte, die abends in den Feierstätten und dem Feierverhalten selbst, meistens unter Einfluss von Rauschmitteln, entstehen würden, so Herr Uschold. Er werde den Punkt für den Bericht im nächsten Jahr vormerken.

Stadtrat Dr. Böhm hofft, dass Polizeibeamten wieder als unantastbar angesehen und mit Respekt behandelt werden würden. Er bittet, dass die Polizei ein großes Augenmerk auf die Menschen richtet, die Kinder und Jugendliche mit Alkohol versorgen würden. Dagegen müsse knallhart vorgegangen werden. Dabei handle es sich um ein Problem, das durch alle Gesellschaftsschichten reiche.

Herr Uschold sagt Stadtrat Dr. Böhm zu, dies in die Polizeiinspektion mitzunehmen. Er könne sicher sein, dass die Gewährleistung des Kinder- und Jugendschutzes mit die vordringlichste Aufgabe sei.

Stadtrat Höbusch beschäftigt sowohl beim objektiven, als auch beim subjektiven Sicherheitsgefühl immer wieder das Thema Licht. Nach der Installation der Lampen an der Infanteriemauer im Klenzepark habe man bereits eine Verbesserung feststellen können. Derzeit wurde im TSV Nord der Probelauf gestartet, dass Sportlerinnen und Sportler bei Flutlicht laufen können. So könnte auch die Lichtsituation des ehemaligen Landesgartenschaugeländes, wie von Bürgermeisterin Kleine angesprochen, verbessert werden. Gerade die Menschen, die auch in den Wintermonaten im Stadtgebiet Sport treiben wollten, aber die Glacis oder den Klenzepark aufgrund der dürftigen Lichtsituation meiden würden, könnten dies dann tun. Aufgrund der Vorkommnisse am Viktualienmarkt hätte es erst entsprechende Maßnahmen gegeben. Stadtrat Höbusch möchte dazu von Herrn Uschold wissen, wie er die Situation vor Ort nun beurteile.

Helligkeit sei für das Sicherheitsgefühl ein wichtiger Faktor, stimmt Herr Uschold seinem Vorredner zu. Für eine nachhaltige Entwicklung bedürfe es grundsätzlich immer eines Maßnahmenbündels. Polizeiliche Präsenz und bauliche Maßnahmen sind Teil dieses Maßnahmenbündels. Die Beleuchtung Sorge nicht nur für ein besseres Sicherheitsgefühl, sondern könne auch dazu beitragen, einen Abschreckungseffekt zu erzielen und die Leute aus der Anonymität zu holen.

Stadtrat Grob freut es, dass sich die Situation am Josef-Ponschab-Platz so verbessert habe. Er weist auf die stetige Steigung des Personals der Polizeiinspektion Ingolstadt in den letzten fünf bis zehn Jahren hin. Das Ingolstädter Präsidium habe über 500 zusätzliche Stellen bekommen, dass ein Mehr an Präsenz im Stadtgebiet bewirke. Wenn es um das subjektive Sicherheitsgefühl gehe, sei die Präsenz das Wichtigste.

Der Aufwuchs sei über die letzten Jahre deutlich spürbar gewesen, so Herr Uschold. Dadurch schaffe man selbstverständlich auch entsprechende Präsenz. Die

Personalaufstockung sei noch nicht zu Ende und werde sich sukzessive über die kommenden Personalwechseltermine fortsetzen.

Zum Anstieg der Fahrraddiebstähle fragt Stadtrat Witty, ob es auch eine videoüberwachte Fahrrad-Abstellanlage am Nordbahnhof gebe. Ihm sei dort nicht sein Fahrrad, sondern das an diesem angebrachte Licht gestohlen worden. Auch die Ruhestörungen in den Stadtbezirken seien in den Bezirksausschüssen immer wieder ein Thema, weshalb er wissen möchte, ob diese eine Zunahme erlebt hätten und wie man im Optimalfall damit umgehe.

Gesonderte Zahlen dazu müssten entsprechend ausgewertet und über das Protokoll nachgereicht werden, so Herr Uschold an Stadtrat Witty gerichtet. Im Bericht habe er einen beispielhaften Tag genannt, in dem aufgelistet werde, wie oft die Polizeibeamten auch zur Ruhestörung ausrücken müssten. Dies sei mit Bestandteil des Tagesgeschäfts. Vor Ort werde geprüft, ob wirklich ein Verstoß vorliege. Außerdem würden Ermahnungen et cetera sowie gegebenenfalls Anzeigen erfolgen. Natürlich fahre man den Ort auch ein zweites Mal an, sofern erforderlich. Theoretisch könne man bei wiederholten Verstößen auch Musikanlagen sicherstellen. Die Täterinnen und Täter hätten es bei Fahrrädern ebenso auf hochwertige Zubehörteile abgesehen. Eine Videoüberwachung sei am Nordbahnhof für den Bereich der Fahrradabstellplätze nicht vorhanden.

Protokollanmerkung von Herrn Uschold:

Nach Auswertung wird mitgeteilt, dass für das Jahr 2023 in der Summe 1.155 Einsätze im Zusammenhang mit einer Ruhestörung für das Stadtgebiet zu verzeichnen waren.

Immer wieder höre und lese man von der Frustration bei den Polizeibeamten über die Erfahrung, dass Straftäter der Justiz zugeführt und sich am nächsten Tag wieder auf freiem Fuß befinden würden, erklärt Stadtrat Dr. Schickel. Er möchte wissen, wie sich die Situation in Ingolstadt gestalte und wie die Zusammenarbeit mit den Justizbehörden in Ingolstadt laufe.

Über die Frustrationswerte hinsichtlich nicht ergangener Verurteilungen führe man keine Statistik, antwortet Herr Uschold. Man versuche bestmöglich zu ermitteln und die Staatsanwaltschaft mit den Erkenntnissen für das weitere Verfahren bestmöglich auszustatten. Dann habe es nicht die Polizei zu entscheiden, sondern ein Gericht, ob es zu einer Verurteilung komme oder nicht. Von Frustration könne er nicht sprechen und habe man bei den Kolleginnen und Kollegen nicht festgestellt. Die Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft sei sehr gut und äußerst eng.

Stadtrat Wöhlrl gibt der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu bedenken, dass sie bei der vielen Beleuchtung für das Sicherheitsgefühl, nicht die Natur vergessen sollten, die laut ihrer Wortbeiträge in Parks tag und nachts beleuchtet werden solle. Die Sicherheitswacht sei ein wichtiger Faktor der Sicherheit. Er habe gehört, dass es nicht mehr viele Aktive geben solle. Er fragt, ob sich die Stadt Ingolstadt in irgendeiner Weise beteiligen könne und was die Polizei in dem Bereich mache.

Zum Jahreswechsel habe man 27 aktive Sicherheitswachtlerinnen und Sicherheitswachtler gehabt, teilt Herr Uschold an seinen Vorredner gerichtet mit. Dies sei keine geringe Stärke. Natürlich sei man immer um Bewerberinnen und Bewerber interessiert und dazu gehöre immer eine gehörige Portion Wertschätzung für die Sicherheitswacht. Deswegen habe er das in seinem Bericht ganz bewusst und offensiv angesprochen. Denn diese Leute würden einen wichtigen ehrenamtlichen Dienst leisten. Mit der Wertschätzung von politischer Seite

aus könne auch viel erreicht werden. Hinsichtlich der Ausstattung sei man immer im Austausch und offen jederzeit Vorschläge mitaufzunehmen.

Protokollanmerkung von Herrn Uschold:

Zum Jahresende seien noch zwei E-Bikes für die Sicherheitswacht durch die Polizei beschafft worden. Damit erhöhe sich auch die Reichweite und Flexibilität für Bestreifungen.

Stadtrat Dr. Lösel schlägt vor eine gemeinsame Werbeaktion zu veranstalten, damit sich weitere Personen bei der Sicherheitswacht engagieren würden. Konkret gehe es bei der Ausstattung um Übergangskleidung. Im Großen und Ganzen gehe es doch darum, gegebenenfalls gemeinsam mit der Stadt Ingolstadt und der Polizeiinspektion die Anzahl der Sicherheitswachtler anzuheben.

Der Bericht wird bekanntgegeben.